

Gerhard Botz

Potenzielle Kriegsgewalt, militärische Profis und die Fiktion einer demokratischen Miliz-Armee.

Anmerkungen eines Pazifisten zur Bundesheer-Volksbefragung

Kurzfassung auf <http://derstandard.at/1358303974735>

Inmitten des parteipolitisch orchestrierten Getöses um die Bundesheer-Volksbefragung ging weitgehend unter, dass es schon Anfang der 1970er Jahre einen direkt-demokratischen Versuch gegeben hatte, durch die Vorbereitung eines Volksbegehrens eine Änderung der österreichischen Wehrverfassung einzuleiten. Damals ging es um nicht mehr und nicht weniger als die Abschaffung des Bundesheeres überhaupt. Ausgehend von dem Linkskatholiken Wilfried Daim (1969) übernahm der sozialdemokratische "Kreuz-und Quer"-Denker Günther Nennung mit seinem intellektuellen Diskussionsorgan "Neues Forum" diese Idee und sammelte in der ersten Jahreshälfte 1970 rund 28.000 Unterschriften, was allerdings nicht ausreichte, einen offiziellen Antrag auf Einleitung des entsprechenden Volksbegehrens zu stellen. Der Vorbereitungstext selbst war widersprüchlich formuliert und sprach neben der Auflösung des Bundesheeres und der Schaffung einer Freiwilligenorganisation für gewaltfreien Widerstand auch von einem Weiterbestehen einer militärähnlichen Gendarmerie und der notwendigen Anrufung aller Staatsvertragspartnerstaaten. Trotzdem und bei all seiner Zeitspezifität war dieser schließlich scheiternde direkt-demokratische Versuch mehr als nur eine "Spielwiese verstreuter 68er", wie der österreichische Politologe Andreas Maislinger schon vor einiger Zeit aufgezeigt hat. Ohne Unterstützung durch die beiden großen Parteien und nur gestützt auf eine zivilgesellschaftliche - manche Gegner sagten "linkspopulistische" - Bewegung wurde damit einer politischen Grundhaltung Ausdruck gegeben, die damals unter der im weitesten Sinn studentenbewegten Jugend verbreitet war.

Vor allem unter Studierenden und jungen Akademikern, die von der (bevorstehenden) Einziehung in das auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhende Heer betroffen waren, fand dieser Funke Nahrung; erstaunlich ist welche heute in politisch unterschiedlichen Lagern stehende Namen von heute bekannten Wissenschaftlern und Medienleuten - kaum allerdings der später bei ähnlichen Anlässen hervorstechenden Künstler und Schriftsteller - die Anti-Bundesheer-Petition zu unterschreiben bereit waren. Vor allem aber waren es linkssozialistische Gruppen, inner- und außerhalb der SPÖ, linkskritische Journalisten, Aktivisten aus dem reformkirchlichen Milieu, selbst manche Bürgerliche - mochten sie liberal oder ex-wehrmachtssoldatisch geprägt sein - engagierten sich hier in einer Zeit, in der Nationalratswahlen bevorstanden.

Zum ersten Mal seit 1945/47 artikulierte sich damit - nach 20 Jahren Großer Koalition und der zu Ende gehenden vierjährigen ÖVP-Alleinregierung - *auch* eine Aufbruchsstimmung, die auf eine Veränderung in der versteinerten politischen Landschaft Österreichs abzielte. Die SPÖ unter ihrem damals neuen Parteivorsitzenden Bruno Kreisky war es, die diese Wechselbereitschaft nutzte und propagandistisch verstärkte. Nicht zuletzt waren die Wahlerfolge der SPÖ von 1970 und 1971 auch auf die Anti-Bundesheer-Bewegung zurückzuführen; jedenfalls wurde sie von Kreisky benutzt und schließlich mit der "Sechs-Monate-sind-genug"-Parole eingefangen und hintergangen.

In einem weiteren Zusammenhang steht dieses österreichische innenpolitische Geschehen mit vorausgehenden internationalen Tendenzen, die auf Demokratisierung, gesellschaftspolitische Reformen, neomarxistische und linkskritische Neuformierungen im intellektuellen Feld vor allem in den USA und in europäischen Ländern des Westens, aber auch ansatzweise des kommunistischen Ostens abzielten. Das kann wiederum als Zeichen gedeutet werden, dass die unmittelbare Nachkriegs-Starre allmählich erodiert wurde, obwohl der Kalte Krieg und seine Atomkriegsdrohung weiter bestanden. Friedens- und Anti-Kriegs-Bewegungen, Vorschläge zur einseitigen Abrüstung und zu einem gewaltfreien Widerstand und vor allem auch die radikale Infragestellung der historisch und generationsmäßig alten Autoritätspersonen und -strukturen lagen gleichsam in der Luft, nicht nur auf Seiten der Linken im weitesten Sinn und bei mancher ihrer vielen Varianten, sondern auch im jungen ländlichen und intellektuellen Umfeld der ÖVP. Von der Gegenseite wurden diese unerhörten politisch-kulturellen Veränderungen als starke Bedrohung wahrgenommen und diffamiert, sie seien (lediglich ?) auf die Tätigkeit kommunistischer Geheimdienste und östlicher Subsidien zurückzuführen. Die radikalsten Linksgruppen allerdings standen grundsätzlich abseits, da sie am Mythos der revolutionären Gewalt festhielten, und die KPÖ versuchte auf leicht durchschaubare Weise in diesem Teich nach Unterstützung für den Sowjetblock und für ihre eigene innenpolitische Bedeutungslosigkeit zu fischen.

In den gängigen Szenarien einer großen kriegerischen Ost-West-Konfrontation, in der Österreich trotz seines Neutralitätsstatus unweigerlich und hilflos hineingezogen worden wäre, war der Gedanke einer militärischen Verteidigung tatsächlich sinnlos, wenngleich auch vom Standpunkt der Neutralitätspolitik gefordert. Gerade bei den wachsenden politisch kritischen Bildungsschichten war alles Militärische mit dem Überhang an blinder Gehorsamsforderung im bestehenden Heer tiefgreifend delegitimiert. Auch konnte man im Kaderpersonal (noch) manches Weiterleben von paranazistischem Gedankengut beobachten. Gerade jenen Jahrgängen von Studierenden und eben fertig gewordenen Akademikern, die noch vom Nachkriegspazifismus geprägt waren, stand nun - 1970 - eine Einziehung in das in vielerlei Hinsicht als sinnlos angesehene Bundesheer bevor, dem - ausgenommen extreme Fälle einer religiös begründeten und hochnotpeinlichen Gewissensbefragung - damals kaum ein junger Österreicher entging, außer er konnte es sich ärztlich oder anderswie "richten". Die gesetzliche Verankerung eines Wehersatzdienstes erfolgte erst 1975. Ebenso hatte der Spannocchi-Plan von 1972 noch nicht die bis dahin herrschende Doktrin der Raumverteidigung, die etwa im Marchfeld oder bei Ybbs Tausende von Wehrdienern als Kanonenfutter einem für möglich gehaltenen Heranrollen sowjetischer Panzer geopfert hätte, ersetzt. Auch gab es auch noch nicht die Bundesheerreformkommission von 1972, die allerdings wenig an der traditionellen militaristischen Ausrichtung des Bundesheeres änderte. All dies kann man im Rückblick als Fernwirkungen der Anti-Bundesheer-Bewegung ansehen.

Der Anti-Bundesheer-Aktivismus war auch damals ein aus vielerlei Motiven gespeister Protest, aber in seinem Kern stand doch die Skepsis, ja grundsätzliche Ablehnung jeder militärischen Gewaltanwendung. Damals war das Kriegsgeschehen - nach den noch in den Familiengedächtnissen lebendigen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs - mit unsagbar blutigem Töten und Getötet-Werden untrennbar verbunden, gerade wieder aktualisiert durch die Berichte vom Vietnamkrieg. Während immer noch alte kalt-kriegerische Parolen vom "Lieber tot als rot" kursierten, gab es bei kleinen weltanschaulich radikalpazifistischen Gruppen des Katholizismus, des Protestantismus und der Zeugen Jehovas, sowie in diffusen, gegen Krieg, Gewalt und Autoritarismus gerichteten Milieus eine durchaus ehrliche Bereitschaft, sich eher töten zu lassen, als zu töten. Franz Jägerstätter (bekanntlich wegen Kriegsdienstverweigerung 1943 vom NS-System hingerichtet) wurde erst später

geradezu zum Symbol einer solchen Haltung und des religiösen Widerstands und war damals nur wenigen in Österreich bekannt.

Bemerkenswerter Weise fehlten Hinweise auf eine solche grundsätzliche Motivation im heutigen Diskurs rund um die Bundesheer-Volksbefragung weitgehend, die man gerade von Seiten der ehemaligen und aktuellen Zivildienstler erwarten hätte können. Finanzielle, organisatorische, wahltaktische und EU-militärische Überlegungen dominierten bei weitem. Geradezu absurd war auch die Heranziehung des Zivildienstes, der seine Durchsetzung antimilitaristischen Bestrebungen verdankt, als Argument für die Beibehaltung der Wehrpflicht und die Aufrechterhaltung der Fiktion des Miliz-Heeres. Man kann sich fragen, ob für einen solchen mentalen Klimawandel die schon seit den 1990er Jahren beobachtbare Rückkehr eines Denkens in Kategorien von Kriegsgewalt und deren als legitim erachteten Einsatzes auch in (West-)Europa, das sich Jahrzehnte lang überwiegend zu Recht oder Unrecht als Friedensraum verstanden hatte, verantwortlich ist.

Gerade im 21. Jahrhundert mit seinen virtuellen und realen Computerkriegsspielen, Szenarien von *cyber wars*, elektronischen *remote* geführten und in Echtzeit über Bildschirme verfolgbaren Tötungsoperationen sollte weiterhin nicht ausgeblendet werden, dass es lebendige Körper sind, die hier zerfetzt werden, ganz abgesehen von den anderen alten und archaisch anmutenden Kriegsgräueln, unter deren psychischen Nachwirkungen nicht nur die Überlebenden, sondern auch praktisch alle neuen Kriegsveteranen leiden. Es erscheint daher heute nicht nur demokratiepolitisch vertretbar, sondern geradezu geboten, ein derartiges "Kriegshandwerk", wenn es schon sein muss, freiwilligen Profis in einem kleinen Berufsheer zu übertragen und für dessen demokratisch-rechtsstaatliche Kontrolle wirkungsvolle Vorkehrungen zu treffen und die zivilen Freiwilligendienste (Rettung, Sozialhilfe, Katastrophenhilfe etc.) staatlich stärker zu fördern und auszubauen.